

# Aufwärts

**Bezugspreis:**  
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und  
für 3 Monate 3.75, beim eigenen Postamt bestellt. — Preis  
Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeb.). Preis der  
Einzelnnummer 10 Pfg. Postfachkonto Hannover 67 377.

**Christliches Tageblatt**  
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,  
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

**Anzeigenpreis:**  
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.  
Reklame 20 Pfg. 3 Wochen unter 25 Pfg. je laufende 15 Pfg.  
Schluss der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-  
konto Hannover 67 377.

Nr. 290.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 11. Dezember 1930.

12. Jahrgang.

Geh's, wie's geh!  
nur nicht im Hasen  
liegen und schlafen...  
sei es bei Glück,  
sei es bei Weh!  
Leben ist nur  
auf offener See!

Caesar Klaischen.

## Umschau.

Die „veredelte“ Notverordnung. — Uebersteigerte Zinslasten. — Polen macht Stimmung in Genf. — Regierungskreise in Paris. — Der Polenterror geht weiter. — Stimmen der Vernunft.

Brüning „hat's geschafft“. Seine „veredelte“ Notverordnung hat die letzten parlamentarischen Klippen hinter sich. Gestützt auf die Sozialdemokraten und die Mittelparteien hat die Regierung Brüning einen Abstimmungssieg davongetragen, der jedoch auch von den Freunden Brüning nicht mit ungemischter Freude empfunden wird, da dieser „Sieg“ dem Sinn der letzten Reichstagswahlen schnurstracks zuwiderläuft. Prophezeiungen in der Politik sind immer ein undankbares Geschäft; aber wir glauben doch die Vermutung aussprechen zu dürfen, daß der „Sieg“ Brüning's sehr bald den extremen Flügelparteien neue Wählermassen zuführen wird, wenn es der Regierung nicht gelingt, unserer Wirtschafts- und Sozialkrise in erheblicher Weise Herr zu werden. Ob aber die neue Notverordnung — auch in ihrer „veredelten“ Form — die stillstehenden Räder und die Millionen brach liegender Äcker und Gehirne wieder in den lebendigen Rhythmus einer gesunden Volkswirtschaft einzufügen weiß, das ist doch zumindest sehr zweifelhaft. Ja, man wird den Verdacht nicht los, als ob das sicherlich gute Wollen unserer Reichsregierung schließlich auf nichts anderes hinausläuft, als die Verzinsung der Wirtschaft so schwer drückenden Bankschulden sowie die Zahlung unserer Tributlasten noch einmal sicherzustellen.

Denn wo bleibt sonst der Differenzbetrag zwischen der Senkung der Löhne (bzw. der Gehälter) und der Senkung der Preise? — Während nämlich eine allgemeine Lohn- und Gehaltsenkung von durchschnittlich mindestens 10 Prozent im Zuge ist, beträgt die entsprechende durchschnittliche Senkung der Lebenshaltungskosten ganze 3,5 Prozent. Und dies, obwohl das befürwortete Erschlüßende unserer gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialkrise ja gerade darin besteht, daß Millionen und aber Millionen unserer deutschen Volksgenossen dem Hunger und der Kälte preisgegeben sind, obwohl die Warenlager mit Bedarfsgütern aller Art zum Bersten vollgepfropft sind! In Krisenzeiten solcher Art ist es noch immer so gewesen, daß zuerst die Preise fielen und dann die Löhne langsam nachfolgten, während heute die Löhne und Gehälter in ein noch ungefähres Mißverhältnis zu unserem gewaltig überhöhten Preisstande hinabgedrückt werden, als wie wir es ohnehin schon zu beklagen hatten. Aber selbst wenn die Preise in demselben Verhältnis gesenkt würden wie die Löhne und Gehälter, wäre das sozialpolitisch bedeutungslos, da ja hiermit eine Hebung der Massenkaufkraft nicht im geringsten verbunden wäre. Es würde eben die Ware A, die gestern mit einem Stundenlohn von beispielsweise RM 1,— bezahlt werden mußte, bei einer gleichmäßigen Senkung von Lohn und Preis um 10 Prozent heute eben den neuen Stundenlohn von RM—90 kosten. Also praktisch derselbe Tatbestand wie gestern. Die alleinigen Nutznießer wären auch in diesem Falle lediglich die großen Geldbesitzer, Banken und dergleichen, deren Guthaben ganz selbstverständlich in dem gleichen Maße kaufkräftiger werden, wie der allgemeine Lohn- und Preisstand zurückfällt.

Nach alledem wäre ein allgemeiner und gerade auch von der Reichsregierung entschlossen durchgeführter Vorstoß gegen die übersteigerten Zinslasten und gegen den überlegenen Zwischenhandel zweifellos viel zweckmäßiger gewesen, als der Druck auf die Löhne und Gehälter, der bei den mehr als mangelhaften Ergebnissen der Preisenkungsaktion eine weitere verhängnisvolle Kaufkraftschwächung und somit alles andere als ein taugliches Mittel zur Behebung unserer Wirtschafts- und Sozialkrise bedeutet. Inzwischen schimpft der Verbraucher auf den Kleinhändler, der Großhändler auf den Erzeuger; aber von den maßlos hohen Zinsen und Zwischenhandelspreisen spricht kein Mensch, obwohl gerade sie es sind, die den Kleinhändler, den Erzeuger wie den Verbraucher in gleicher Weise niederdrücken. Der Zentner

Kartoffeln, für den der mecklenburgische Bauer zum Teil nur 70 bis 80 Pfennig zu erzielen vermochte, wurde auf den städtischen Märkten zu RM 3,50, ja RM 4,— und mehr abgesetzt. Die Glühbirne, die wir mit RM 1,25 bis 1,50 bezahlen müssen, wird hergestellt für ganze 10 Pfennige. Und wer seiner Frau zu Weihnachten einen Staubsauger zu RM 165,— bis 200,— zu schenken sich entschlossen hat (wohl dem, der's kann!), der mag sich die Freude an seinem Geschenk schenken nicht dadurch verderben lassen, daß der durchschnittliche Herstellungspreis dieses Staubsaugers nur RM 45,— beträgt. Und wer gar im mehr oder weniger glücklichen Besitz eines Grammophons ist, der möge die neue Weihnachtschallplatte zu RM 5,— ruhig im Glanze der Weihnachtskerzen erklingen lassen, ohne sich die Feierstimmung dadurch zu verderben, daß diese Schallplatte für ganze 50 Pfg. hergestellt wird. Doch das nur nebenbei, und zum Beweise dessen, daß in unserer deutschen Volkswirtschaft noch mancherlei im Interesse des Allgemeinwohls zu tun dringend vorrätig ist, ohne daß dabei immer nur die Einkommensverhältnisse der breiten Massen herzuhalten brauchen.

Und gerade eine solche Tat, die sowohl von dem Verbraucher, wie von dem Erzeuger und dem gesunden Handel mit gleichem Beifall aufgenommen werden würde, vernimmt wir bei dem „Sanierungsprogramm“ der Reichsregierung. Hoffentlich holt Brüning praktisch um so eifriger nach, was in seinem offiziellen Programm bis dahin einen formellen Niederschlag noch nicht gefunden hat. Nur so wird er sich die Sympathien des deutschen Volkes sichern können, auf die er nicht verzichten kann, wenn seine Regierung den schweren außenpolitischen Aufgaben, die ihr zur Zeit gestellt sind, gerecht werden will.

Allerdings die Art, mit der Dr. Curtius die Politik der Wilhelmstraße in seiner letzten Reichstagsrede zu verteidigen suchte, stimmt in dieser Beziehung wenig hoffnungsfroh. Während unser verantwortlicher Außenminister mit sehr wenig stichhaltigen Argumenten einer großen außenpolitischen Aussprache vor dem Reichstag aus dem Wege ging und eine solche Aussprache vor Februar 1931 als „Annoportum“ bezeichnete, arbeitet Polen mit allem Eifer, um die deutsche Beschwerde wegen des polnischen Terrors in Oberschlesien beim Völkerbund von vornherein unwirksam zu machen. Auf diese Weise ist ganz offenbar die täglich erscheinende Presseüberficht des Völkerbundssekretariates bereits stark unter den Einfluß politischer Stimmungsmache geraten. Denn es werden hier in ganz einseitiger Weise die wüstensten polnischen „Pressestimmen“ kommentarlos zum Abdruck gebracht, so z. B. daß der deutsche Stahlhelm einen Angriff gegen das „friedliche“ Polen plane, daß Deutschland eine Armee von 100 000 Arbeitslosen an der polnischen Grenze zu Kriegszwecken ansammeln wolle und dadurch natürlich eine Kriegsstimmung unter den Polen hervorgerufen würde, für deren Auswirkungen Warschau jede Verantwortung ablehnen müsse, und was dergleichen Geheizen noch mehr sind. Verantwortlich für diese deutschfeindlichen Genfer Presseüberfichten ist der französische Direktor der Informationsabteilung des Völkerbundssekretariates — Comert —, womit alles gesagt ist, was auch über dieses traurige Kapitel der Genfer „Völkerbundsarbeit“ anzumerken wäre. Und wer da etwa der Meinung ist, daß der Sturz Tardieus irgendeine Erleichterung für das deutsch-französische Verhältnis bedeute, der täuscht sich gewaltig. Für Deutschland ist es ziemlich bedeutungslos, wer als neuer Ministerpräsident aus der französischen Regierungsrufe hervorgeht. Ob Laval, ob Barthou oder Poincaré letztgültig die Fäden ergreift — sie alle wollen den Frieden, wie ihn auch Briand und jeder fromme will: — den Frieden nämlich von Versailles! Nicht den Frieden der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit, sondern den Frieden der Gewalt und des Barbentums!

Alle Beweise eines ehrlichen Friedenswillens, die Deutschland in den Nachkriegsjahren gebracht hat, sind fruchtlos und ohne Einfluß auf die deutschfeindliche Einstellung Frankreichs und Polens geblieben. Mit schmerzlicher Wehmut liest man heute die Zeilen, die unser greiser Hindenburg an den verflochtenen Reichskanzler Müller richtete, als er schweren Herzens das deutsch-polnische Liquidationsabkommen, das ein deutsches Geschenk an die Polen in Höhe von 25 Milliarden bedeutete, unterzeichnet hatte. „Das Liquidationsabkommen“ — schrieb Hindenburg — „hat in erster Linie zum Ziel, die deutschen Stammesgenossen jenseits unserer Grenzen auf ihrer Scholle und in ihrer Existenz zu erhalten. Ich will hoffen, daß dieses Ziel durch den neuen Vertrag voll erreicht wird!“ — Vergebliches Hoffen! Raum niemals

haben die Polen derart brutal und niederträchtig gegen die wehrlosen Deutschen auf polnischem Boden gewüthet, wie acht Monate, nachdem das unverständlichste aller deutschen Nachkriegsabkommen unterzeichnet war. Und nichts scheint uns berechtigter als die Forderung nach Widerruf dieses Abkommens, auch wenn unser Außenminister Dr. Curtius diese inzwischen mit großer Mehrheit im Auswärtigen Ausschusse angenommene Forderung als noch so „wahnwitzig“ bezeichnet.

Von besonderer Bedeutung scheint uns noch zu sein, daß sich im Laufe der letzten Woche auch Owen Young für eine weitgehende Revision seines eigenen „Planes“ ausgesprochen hat, wobei indes zu bedauern bleibt, daß auch die eifrigsten Befürworter einer Tributrevision nach wie vor der Kriegsschuldfrage weit aus dem Wege gehen. Um so erfreulicher ist es, daß ein ehemaliger Hauptmann des englischen Generalstabes — Mr. Vivian Stranders — den Mut fand, das Märchen von der deutschen Kriegsschuld damit abzutun, daß er als die wichtigste Ursache des Weltkrieges den Hunger Englands nach den deutschen Kolonien und die Furcht seines Vaterlandes vor der wachsenden deutschen Kriegsschiffe bezeichnete. Der Youngplan aber sei die größte Erpressung, die je die Weltgeschichte gesehen habe. Deutschland und England, die beiden germanischen Stämme, seien eine Einheit, und diese Einheit könnte die Welt beherrschen und den Frieden garantieren. Deutschland müsse sich auf sich selbst bestimmen und wieder aus der politischen Zerrissenheit herauskommen, da es anders keinen Bundesgenossen an England finden werde.

Freilich, ein Deutschland, in welchem die Aufführung des Hefflimes „Im Westen nichts Neues“ amüßig verteilt wird, braucht sich nicht zu wundern, wenn es um seine Bündnisfähigkeit so überaus kläglich bestellt ist.

## Um das Arbeitsdienstjahr.

Von Bürgermeister Weicken, Cuxhaven.

In den letzten Jahren und besonders im laufenden Jahre nehmen die Erörterungen über die Einführung eines Arbeitsdienstjahres in der Öffentlichkeit einen wachsenden Raum ein. Dies hat seinen Hauptgrund wohl in der ungeheuren und gefährlichen Zunahme der Arbeitslosigkeit, die auf die Jüngeren noch entfällt, der wirken dürfte als auf Ältere. In neuester Zeit kommt hinzu, daß die Reichsregierung in ihren großen Arbeitsprogrammen vorgesehen hat, für die Ostgebiete eine beschränkte Arbeitsdienstpflicht einzuführen. Diese Tatsache wird die Parteien des Reichstages nötigen, in kürzerer Zeit zu dem Problem Stellung zu nehmen. Damit kommt es aus dem Zustand allgemeiner Erörterungen heraus. Und das ist außerordentlich zu begrüßen.

Zuerst wird die Frage zu beantworten sein, ob überhaupt ein Arbeitsdienst eingeführt werden soll. Die Antwort wird aber im Wesentlichen von der Entscheidung darüber abhängen, ob die Ableistung des Dienstjahres auf einem allgemeinen gesetzlichen Zwang beruhen soll, veranlaßt der früheren allg. Militärpflicht, oder auf Freiwilligkeit. Der Verfasser des Aufsatze „Die Arbeitsdienstpflicht“ in Nr. 271 ds. Blattes tritt für die erstere Variante ein. Dagegen ergab eine Tagung der Arbeitsgemeinschaft für neuzeitliche Siedlung in Berlin am 9. November, daß sämtliche Redner eine gesetzliche Arbeitsdienstpflicht jedenfalls vorläufig für nicht durchführbar erklärten. Hierzu gehört auch der in dem erwähnten Aufsatz genannte Professor Schöpke. Den gleichen grundsätzlichen Standpunkt habe ich in meinem für diese Tagung in der Zeitschrift einer Arbeitsgemeinschaft veröffentlichten Entwurf eines Gesetzes über ein freiwilliges Dienstjahr eingenommen. Das Ergebnis der Tagung war denn auch, daß die Freiwilligkeit der Dienstleistung die Grundlage aller weiteren Maßnahmen, insbesondere der gesetzgeberischen, bilden müsse. In der allgemeinen Begründung zu meinem Entwurf habe ich bemerkt, der Zwang müßte alljährlich Hunderttausende — andere rechnen schon mit mehr als einer Million — junger Männer zur gleichen Zeit dienstpflichtig machen (das Frauendienstjahr soll hier unerörtert bleiben), deshalb müßten das Reich oder Länder für sie entsprechende Unterkunft und, was noch schwieriger wäre, für alle Pflichtigen genügend geeignete Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Endlich müßte man mit einem starken aktiven oder passiven Widerstand großer Teile Pflichtiger rechnen, besonders soweit sie aus größeren Städten oder Industriegebieten stammten. Wie wollte man diesen brechen? Mit Strafen? Welcher Art? Durch Einstellung unzähliger Aufseher? Aber selbst wenn dieser Widerstand mit Gewalt gebrochen würde, was würde der Arbeits-

erfolg im Verhältnis zu den aufgewandten Mitteln sein? Nimmt man die Freiwilligkeit zur Grundlage, dann fallen alle die grundsätzlichen Bedenken und Widerstände fort, über die der mehrerwähnte Aufsatz in Nr. 271 berichtet. Allerdings wird, besonders von der Handarbeiterschaft noch eingewendet, daß die Arbeitsdienstpflicht dazu führen könne, mit billigen Arbeitskräften den üblichen Lohn der Arbeiter zu drücken, oder gar die auf Lohn angewiesenen Arbeiter aus der Arbeit zu verdrängen. Demgegenüber muß mit aller Deutlichkeit klar gestellt werden, daß ein Arbeitsdienst nur dazu bestimmt sein soll, solche Aufgaben zu erfüllen, die öffentlichen Belangen, insbesondere der Vermehrung landwirtschaftlicher Siedelungsflächen, der Verbesserung von Verkehrsverhältnissen und dergleichen dienen, aber bei Zahlung ortsüblicher Löhne aus Mangel an Mitteln unterbleiben müßten. Man kann hier auch von Vorbereitungsarbeiten für die innere Kolonisation, für die Schaffung von Gelegenheiten zu neuer Lohnarbeit sprechen.

Wie aber will man die dafür nötigen freiwilligen Kräfte gewinnen? An sich würden wohl gerade die wertvollsten Teile der arbeitslosen Jugend am stärksten den Wunsch haben, sich zum Arbeitsdienst zu melden, um aus dem Elend öffentlicher, ohne Gegenleistung empfangener Unterstützung herauszukommen und in geregelte Arbeit überzutreten. Aber sie müßten bei der Uebernahme eines Arbeitsdienstjahres damit rechnen, daß innerhalb dieses Jahres Stellen in dem öffentlichen Dienst oder in der Privatwirtschaft, auf die sie sonst gerade wegen ihrer besseren Fähigkeiten besonders rechnen könnten, frei und von anderen besetzt würden. Deshalb sieht mein Entwurf in Anlehnung an die Rechte der Militärverpflichtungsgewaltigen eine gewisse Vorzugsrechte nach befristeter Ableistung des Arbeitsdienstjahres für den Eintritt in öffentliche Dienste oder privatwirtschaftliche Betriebe vor. Nach Ableistung von mindestens zwei Dienstjahren soll den Entlassenen außerdem ein Vorzugsrecht bei der Anweisung landwirtschaftlicher Siedelungsstellen eingeräumt werden. Für weitere Einzelheiten muß ich hier auf Nr. 21 der „Mäder“, der Zeitschrift der technischen Nothilfe, verweisen, worin er auch veröffentlicht ist. Bei Freiwilligkeit des Arbeitsdienstjahres fallen auch die gegen eine allgemeine Dienstpflicht erhobenen wirtschaftlichen und praktischen Bedenken weg. Denn die zuständigen öffentlichen Stellen könnten die Zahl der einzustellenden Freiwilligen nach dem Umfang der jeweilig möglichen Arbeit und den verfügbaren Geldmitteln bemessen.

Sind so alle wesentlichen Bedenken der erörterten Art weggeräumt, dann wird man damit rechnen dürfen, daß auch diejenigen politischen Parteien und Gruppen, die sich entschieden gegen eine allgemeine gesetzliche Arbeitsdienstpflicht wehren, nicht grundsätzlich sich der Einführung eines freiwilligen Arbeitsdienstjahres widersetzen werden. Andererseits gewinnt in Kreisen, die früher für eine gesetzliche Arbeitsdienstpflicht eintraten, die Ansicht mehr und mehr an Stärke, daß jedenfalls vorerst Freiwilligkeit vorzuziehen sei. Dies gilt insbesondere vom Jungdeutschen Orden, den ja der Aufsatz in Nr. 271 auch erwähnt.

So scheint der Weg zur praktischen Durchführung eines Arbeitsdienstjahres frei zu werden.

### Eine Lohnerhebung des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter Deutschlands.

Wie in früheren Jahren hat der Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands auch in diesem Jahre unter seinen Mitgliedern eine Lohnerhebung veranstaltet. Dadurch ist es möglich geworden, sich ein Bild

zu machen über die Arbeitsverdiensthöhe der Arbeiter in der Zigarrenindustrie, wie sie im wesentlichen gegenwärtig gegeben ist. Es stellt sich dabei heraus, daß auch heute noch die Zigarrenindustrie mit zu einer derjenigen Industrien gehört, wo die Arbeitsverdiensthöhe mit auf der unteren Linie des Lohnniveaus in der deutschen Industrie liegt.

Die Erhebung des Verbandes erstreckt sich auf 93 Orte mit 143 Betrieben. Es wurden insgesamt 3488 brauchbare Fragebogen abgeliefert. Sie verteilen sich auf 605 männliche und 2883 weibliche Arbeiter. Das Resultat dieser Erhebung war, daß insgesamt ein Durchschnittsverdienst pro Arbeitsstunde von 40,8 Pfennig erreicht wurde. Dabei verschiebt sich dieses Bild noch, wenn man die einzelnen Sparten der Arbeiterschaft berücksichtigt. So betrug der durchschnittliche Arbeitsverdienst pro Arbeitsstunde bei Rollern 43,2 Pfennig, Wickelmachern 36,1 Pfennig, Zurschier 31,9 Pfennig, Sortierer 50,6 Pfennig, Kistenmacher 45,5 Pfennig, Tagelöhner 42,4 Pfennig. Hierbei ist zu beachten, daß es sich nicht um Zeitlohnarbeit, sondern um Akkordlohnarbeit handelt. Das läßt die Arbeitsverdiensthöhe in einem noch ungünstigeren Licht erscheinen.

Unter Zugrundelegung des durchschnittlichen Stundenverdienstes ergibt sich bei einem Arbeiter, der in der Arbeitswoche keine 48 Stunden vollbeschäftigt ist, ein durchschnittlicher Wochenverdienst von 19,58 Mark. Bei den einzelnen Sparten ergibt sich folgendes Bild: Roller 20,74 M., Sortierer 24,29 Mark, Kistenmacher 21,84 M., Tagelöhner 20,35 Mark. Wenn man diese Durchschnittswochenverdienste, die von einem großen Teil der Arbeiterschaft in Folge Kurzarbeit noch nicht einmal erreicht werden, in Verhältnis stellt zu den Kosten des Lebensaufwandes, dann erkennt man die höchst ungünstige Lage der Arbeiterschaft in der Zigarrenindustrie. Man muß aber auch dann erkennen, daß unbedingt Maßnahmen getroffen werden müssen, um hier eine Verbesserung herbeizuführen. Möglich wird dieses u. a. aber nur dadurch sein, indem die Arbeiterschaft sich in noch viel stärkerem Maße ihrer gewerkschaftlichen Standesorganisation anschließt, um mit dem Mittel der Selbsthilfe notwendige Verbesserungen durchführen zu können. Für die christlich-national eingestellten Arbeiter und Arbeiterinnen in der Zigarrenindustrie bildet der Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands die in Frage kommende gewerkschaftliche Standesorganisation. Ein reistloser Beitritt zu ihm liegt deshalb im Interesse der Arbeiterschaft selbst.

### Die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit.

Ob diese Ueberwindung noch gelingen wird? Ob der rechte Augenblick, nach Anbruch des begonnenen Winters, nicht schon verpaßt ist? Daß selbst die besten Vorschläge, wie Leiz sie in seinem ausführlichen Artikel zusammenstellt, durchgreifende Hilfe nicht mehr bringen werden?

Gewundert hat mich, daß Leiz neben Bonn, Damaskus, Berthold Otto gerade bei der Behandlung der furchtbaren Arbeitslosennot, bei seinen Vorschlägen zu ihrer Behebung nicht vor allem auch Schöppe nennt, der in diesem Zusammenhang ganz unbedingt in allererster Stelle zu nennen ist.

Ob solch ein Mann, wie auch die von Leiz genannten, von den Verantwortlichen schon jemals zugezogen worden ist? Oder ob diese Verantwortlichen, obwohl sie doch ganz offensichtlich völlig unzureichend sind mit all ihren Halbsätzen, sich mal wieder selbst genügen und irgendwelcher Doutsider, so sachkundig und fähig diese auch sein

mögen, gern entraten, wie man das bei unseren selbstsicheren deutschen Behördenmenschen so häufig findet.

Ob es nicht trotzdem möglich ist, durchzusetzen, daß diese Doutsider zu Gehör und zur Betätigung kommen? Vielleicht, indem erst mal Männer wie Schöppe, Bonn, Damaskus zusammenreten, gemeinsam ein klares Programm ausarbeiten und dann, bereit zu völliger Verantwortlichkeit, getragen von den immerhin gewichtigen Gruppen ihrer zahllosen Anhänger, sich den Verantwortlichen gemeinschaftlich zwecks Mitarbeit persönlich zur Verfügung stellen, wobei selbstverständlich allerlei andere an sich höchst wichtige, aber für diesen Zusammenhang belanglose Fragen strikt ausschalten und nur der im Augenblick tatsächlich alles andere überragende Hauptpunkt, die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit, zu behandeln wäre, dieser Hauptpunkt, der bisher von niemand so gründlich und sachkundig, so umfassend und hoffnungsvoll behandelt ist wie von Schöppe. Alles andere ist und bleibt daneben Flick- und Stückerwerk, manches lediglich geradezu Deklamation, ohne daß die Bedeutung der Schöppe'schen Gedanken und der Schöppe'schen Praxis im einzelnen nochmals aufgezeigt werden soll. Wie kommt es nur, daß solch ein Mann nicht zur Auswirkung gelangen, nicht in Stellung gebracht werden kann??

Interessant wäre es, in öffentlichem Bericht zu erfahren, wie eine solche Deputation bei den Verantwortlichen gefahren, ob man sie überhaupt gehört und mit welcher Begründung man sie fortgeschickt und fraglich kann erscheinen, ob es nicht mit allen Bemühungen dieser Art schon zu spät geworden, als daß man noch auf irgendwelchen Erfolg hoffen dürfte.

Immerhin, wer kann sich schon damit abfinden, mit Kind und Regel zum Zerfall ausgeliefert zu sein? Obwohl es zur Zeit noch viele, allzu viele gibt, die diese Lage der Dinge nicht erkennen und noch wenig davon spüren. Täglich sollte darum, die ganze Gesamtheit unseres Volkes an unsere größte Gegenwartsnot zu erinnern und uns zum Sinnen und Handeln zu wecken, in allen deutschen Blättern an gleicher Stelle mit großen Buchstaben derselbe aufreißende Satz uns vor Augen treten, etwa in folgender Form: **Die Arbeitslosennot verschlingt auch dich und deine Kinder!!**, wenn du nicht mithilfst, diese Not zu meistern.

Ernst Fricke, Scharnebeck b. Plüßburg.

### Landgemeindetag West.

Zusammentritt am 12. Dezember in Köln.

Vorstand und Hauptauschuß des Preussischen Landgemeindetages West treten am 12. und 13. Dezember im Rathaus zu Köln zu einer Sitzung zusammen. Im Mittelpunkt der Erörterung steht u. a. der Finanz- und Wirtschaftsplan der Reichsregierung bzw. die durch die Notverordnung geschaffene Lage in ihrer Bedeutung für die westlichen Landgemeinden; des weiteren wird das Problem der Wohlfahrts-erwerbslosen- und Krisenfürsorge sowie die Frage der Verlängerung der Schulpflicht Gegenstand der Verhandlung bilden.

Wie weiter mitgeteilt wird, hat der Preussische Landgemeindetag West sich mit einer Eingabe an den Preussischen Staatsrat gegen die geplante Beschränkung des Polizeiverordnungsrechts ausgesprochen und den Antrag gestellt, daß auch den Kreispolizeibehörden in Aemtern mit weniger als 10.000 Einwohnern das Polizeiverordnungsrecht belassen bleibt.

\* Aus Anlaß des 100. Todestages des südamerikanischen Freiheitskämpfers Bolívar wird in Caracas ein Standbild enthüllt. Die Regierung der Vereinigten Staaten entsandte zu der Feier eine Sonderabordnung.

### Zug ins Buch.

Zum Augsburger Jubiläum die Erinnerung, daß Schieder ein sehr lebendiges und farbiges Bild der Augustinastadt 1530 im Gesicht der Stadt verwoben gezeichnet hat in „Für Glauben und Freiheit“ (Evangel. Presseverband, 1.—Mk.) Bunte historische Skizzen. Sachlich und theologisch der bedeutsamste literarische Ertrag ist L. Fendt: „Der Wille der Reformation im Augsburger Bekenntnis.“ (Wallmann, 2. 3.50 Mk.)

Schon die ganz moderne Uebersetzung rechtfertigt ein besonderes Lob. Noch viel mehr jedoch die vorzügliche Einführung in den Sinn der Artikel. Dabei durchaus lebensnah in der Fragestellung von heute.

Bedeutung aus dem gleichen Verlag stellt sich ergänzend zur Seite „Die Volkshaus des Katholismus“ von Koeberle (3.50 Mk.). Gehaltreich, modern geprägt und anpackend. Die Verantwortung für die Bewältigung gerade heute stark empfundener Probleme und ihre Bewältigung in Form einer Schulung der Gemeinde hat zu einer neuen Schriftenreihe geführt; sie will dazu dienen, eine klar evangelische Haltung in allen Lebensfragen und eine in der Wahrheit des Evangeliums begründete Weltanschauung zu vermitteln. Der vorliegende erste Band über „Naturwissenschaft und Glaube“ von Dr. Künne (Steinkopf 2.50 Mk.) beruht auf eingehenden wissenschaftlichen Studien. Er bietet aber die Klärung der Probleme in allgemeinverständlicher Form, wozu eine Reihe von Vorträgen den Verfasser hinführten und führt damit die bahnbrechende Arbeit von K. Helm in der Auseinandersetzung zwischen Naturwissenschaft und Glauben, in klaren Linien die Grenzen festsetzend, weiter. Denkernden Menschen, vor allem solchen, die sich selbst schon über die Frage, die das moderne Naturerkennen an den Glauben richtet, besonnen haben, auch Lehrenden, wird damit eine gute Hilfe für die Lösung dieser wichtigen Lebensfragen geboten.

Ein Buch, das von hoher Warte das Ringen beleuchtet, das auf der modernen Bühne vor sich geht, und sehr

wesentlich zur Prägung der öffentlichen Meinung beiträgt, ist erst kürzlich erschienen in Knevels „Das moderne Drama“ (Wollermann, 6.—). Es ist eine Darstellung und Deutung und Wertung des Gesichtes unserer Zeit, das durch das Drama hervorschaup, wie man sie besonnener, eindringlicher und hilfreicher in Abfrage wie Gefolgshaft nicht erwarten kann. Ob seines weitest Kreise interessierenden Zirkelschlages wird gerade dieses Buch seinen besondern Weg gehen, ähnlich der Sammlung religiöser Lyrik durch den gleichen Verfasser vor zwei Jahren.

Sehr zu begrüßen ist eine Vortragsammlung, die E. Stange herausgab: „Die Stadt unter der Asche.“ (Eichhornkreuz-Verl., 4.—). Einer Schulungswoche dieses Frühjahrs entsprungen, handeln die Beiträge von einem besonderen Spezialgebiet unserer Leiblichkeit, der Geschlechterfrage. Sie verbinden Offenheit, Ehrlichkeit, Mut und Sachlichkeit und selbstverständliches Verständnis. Auch wo — leider — noch nicht eine Einheitsmeinung zu erreichen war, wie etwa beim Gebiet der Empfängnisregelung, wird das Voneinanderabweichen ruhig herausgestellt und nicht überkleistert. Die alles tragende Einheitslichkeit entsteht auf Grund der Verankerung der Gestaltung auch dieses Gebietes der Leiblichkeit im Geist des Neuen Testaments. Das läßt auch Meinungsverschiedenheiten ertragen, ohne der Pose des Regerrichters zu verfallen. Das Buch ist ein bedeutungsvoller Fortschritt.

Wort für Wort die gleiche Wertung kann ich dem weit umfassenderen Buch Theod. Haugs: „Im Ringen um Reinheit und Keise“ (Steinkopf, 8.—) mitgeben. Seine Tatsachen und Richtlinien für eine evangelische Sexualethik sind ein sehr zeitgemäßer Versuch, dieses ganze umkämpfte Gebiet im Zusammenhang darzustellen. Wenn mich auch die Sicherheit, mit der Haug gewisse strukturelle Artungen in der Sexualität der Ehegatten gar zu einfach zeichnet, sehr Wunder nimmt, und obwohl ich in der Frage der Geburtenregelung gerne größere Klarheit und offener Gemeinschaft mit solchen, die

diese Dinge doch auch schon sehr deutlich gesagt und begründet haben, gesehen hätte, empfehle ich das Buch doch von Herzen. Zumal auch um seiner Ausführungen über die Ehelosigkeit. Vom gleichen Verfasser ist ein für Lehrer verbreitung geeignetes Heftchen „Vom Tande der Liebe“ (Steinkopf, —.60) erschienen, das ganz einfach zu lesen und ganz einfach zunächst unübertroffen ist in praktischem Wert allen gegenüber, die Eheleute sind, oder das bei sind, es zu werden.

### VII. Nachtrag.

Für unsere Kleinsten bietet jedes Jahr der Verlag J. Scholz, Mainz, eine ganze Anzahl Neuererscheinungen. Gewiß, nicht immer im Geschmack gleich. Ich kann besonders alles nicht leiden, was unnötigen „Popanzanstrich“ hat oder spielerisch mit dem Gedanken „Himmel“ umgeht. Als Evangelischen ist uns das, auch aus pädagogischen Gründen, zuwider. In diesem Jahr darf man empfehlend hinweisen auf Ohwalds „Lumpen-gefindel“, ausgezeichnete Bilder (2.—), „Kaisäppchen“ von Braun-Esch (1.—), „Frei und Liebes“ (1.—). Für die noch Kleineren ein Buntpapier-Klebespiel (1.25) und ein neuartiges Figurenlegetpiel (1.25). Jungens freut besonders der Modellbogen von „Do X“ (1.50).

Für Schulkinder, leicht lesbar: „Wie Christkindlein den Kindern half.“ (3.50) und ein ebenso ausgestattetes Märchenbuch von M. Grengg.

Größere Jungen interessiert gewiß auch die bei Brockhaus nur 2.80 kostende Ausgabe jener bedeutungsvollen Abenteuerlichen Reise, die 1635 eine holländische Gesandtschaft nach Persien führte. Das war damals eine erhebliche Sache. Unser Pächter Paul Fleming ging auch mit. Es ging um den Plan, den Landweg über Rußland nach Indien zu versuchen, um in wirtschaftlicher Ausbeute später auf diesem Wege England die Wege zu halten. Dieser Band 20 der Sammlung „Alte Reisen und Abenteuer“ gibt den Bericht von Olearius wieder.

Edart.

Der Reichstag

— Berlin,

hatten sich viel gefunden, um zu protestieren. Reihe nationaler der Platz voll wieder die nach sang die W mit Zahlen und landlied und schiedenen na abermals, von bels und ford großem Värm Feuerlöschwagen ordneten halt und fuhr wieder unübersehbare bewegte.

Bann endl

Zwei Antre

Der Fil Aufführung

Gran „Ein Minim quentlicher

Als der Bitterbundes handlungen gung nicht für einen al der Nüßlinge Delegierten Nebereinkomm Jahre hervor Wie eri erhaltung de doner Konfer pan zustande Frankreich u nuzen, um England glei damit zur zwingen. Ge eine neue P und um Zeit Mussolini un Jahres keine

Rum fr schufes zu C und Italien werden soll, tungen war rung des nate die M Inzwischen Franzosen ei nach dem Fr vorerst einen über Italien diglich aus ä aus Untersee Vermittlung gebot, besser voranzufesche Aber, r

italienischen sein? Hat längst den lichen Eintrüben nicht Wie systema besondere K Krieges vorl gen, die al aus der C

Interesse machte vor Anzahl Ar maßnahmen Grenze gege etwa fünf gürtel en das andere Bauen wa Grundlag: maß an Be teidigungsstü das Verderb deren Stal Grauen aus tungen dies des „Matin Es gibt ni sondern auc heizbare S

Aus d stiden soll bilden, fäh lagen und einem groß steht, die an die Nam Sollte Vorberreit itanzösischen

# Immer wieder Rundgebungen

gegen den amerikanischen Gehfilm.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Fabricius zwangsgestellt.

Berlin, 9. Dezember. Auch am Dienstagabend hatten sich viele Tausende auf dem Wittenbergplatz eingefunden, um gegen den Film „Im Westen nichts Neues“ zu protestieren. Schon lange bevor Goebbels und eine Reihe nationalsozialistischer Abgeordneter eintrafen, war der Platz voll besetzt. Aus der Menge ertönten immer wieder die nationalsozialistischen Kampfrufe und mehrfach sang die Menge, unter der sich auch Stahlhelmgruppen mit Fahnen befanden, die Nacht am Rhein, das Deutschlandlied und andere vaterländische Lieder. Neben verschiedenen nationalsozialistischen Abgeordneten sprach abermals, von der Menge wiederholt unterbrochen, Goebbels und forderte erneut das Verbot des Filmes. Zu großem Lärm kam es, als während der Rundgebung ein Feuerlöschwagen anfuhr und neben den Reichstagsabgeordneten hielt machte. Er trat jedoch nicht in Tätigkeit und fuhr wieder ab. Nach der Rundgebung bildete sich ein unübersichtlicher Zug, der sich durch den Westen der Stadt bewegte.

Wann endlich kommt das Verbot dieses Schandfilms?

Drei Anträge auf Verbot des Films „Im Westen nichts Neues“.

Berlin, 10. Dezember.

Der Film „Im Westen nichts Neues“, bei dessen Aufführung in Berlin es wiederholt zu stürmischen

## Frankreichs Rüstungen.

„Ein Minimum von Gefahr, ein Maximum an Verunsicherung.“ — Neues Wettrennen mit Italien.

Paris, 10. Dezember.

Als der Vorbereitende Abrüstungsausschuss des Völkerbundes vor einigen Wochen seine Schlussverhandlungen eröffnete, erhoffte man von dieser Tagung nicht nur die Fertigstellung eines Entwurfs für einen allgemeinen Vertrag über die Begrenzung der Rüstungen, sondern auch die Zusammenkunft der Delegierten sollte auch ein französisch-italienisches Übereinkommen über die Schiffsbauten der nächsten Jahre hervorgehen.

Wie erinnerlich sein wird, hängt die Aufrechterhaltung des Pazifikfriedens, wie er auf der Londoner Konferenz zwischen England, Amerika und Japan zustande gekommen ist, praktisch davon ab, daß Frankreich und Italien ihre Freiheit nicht dazu benutzen, um durch übersehbare Neubauten England gleichfalls zu weiteren Flottenrüstungen und damit zur Auslegung des Londoner Vertrages zu zwingen. Bekannt werden sollte diese Gefahr durch eine neue Fühlungnahme zwischen Paris und Rom, und um Zeit für Verhandlungen zu gewinnen, kamen Mussolini und Briand überein, bis zum Ablauf des Jahres keine neuen Schiffe auf Stapel zu legen.

Nun sind die Verhandlungen des Abrüstungsausschusses zu Ende gegangen, ohne daß sich Frankreich und Italien über das, was nach dem 1. Januar werden soll, verständigt haben. In italienischen Zeitungen war zwar dieser Tag von einer Verlängerung des „Flotten-Wettrennens“ um drei Monate die Rede, doch lehnte Frankreich prompt ab. Inzwischen soll nun die italienische Delegation den Franzosen einen Vermittlungsvorschlag gemacht haben, nach dem Frankreich bis zur endgültigen Entscheidung vorerst einen Vorprung von 200 000 Tonnen gegenüber Italien haben soll, sofern dieses Plus sich lediglich aus älteren Kriegsschiffen und zu einem Viertel aus U-Booten zusammensetzt. Das ist zwar ein Vermittlungsvorschlag, gleichzeitig aber auch ein Angebot, dessen Ablehnung durch Frankreich unschwer vorauszusetzen war.

Aber, muß nicht jede Pause in den französisch-italienischen Rüstungen von fragwürdiger Natur sein? Hat man innerlich in Rom und Paris nicht längst den Glauben an die Möglichkeit einer friedlichen Einigung verloren, und rüstet man haben wie üblich nicht fieberhaft, militärisch und diplomatisch? Wie schematisch und in welch großem Umfange insbesondere Frankreich sich auf die Möglichkeit eines Krieges vorbereitet, das zeigen die gewaltigen Festungen, die allmählich vom Kanal bis zu den Alpen aus der Erde wachsen.

Interessante Angaben über diese Festungsbauten machte vor einigen Wochen der „Matin“, der eine Anzahl Artikel über Frankreichs „Verteidigungsmaßnahmen“ veröffentlichte. Danach ist entlang der Grenze gegen Belgien, Deutschland und Italien ein etwa fünfzehn Kilometer breiter Festungsgürtel entstanden, in dem sich ein Festungswerk an das andere reiht. Der leitende Gedanke bei diesen Bauten war der von Marshall Pétain aufgestellte Grundsatz: „Ein Mindestmaß an Gefahr, ein Höchstmaß an Bequemlichkeit“. So sind denn mächtige Verteidigungsbatterien entstanden, deren die Betonmauern das Verderben von der Befestigung abwehren und aus deren Stahlkuppeln Schützengewehre, Maschinengewehre und Artillerie ausstrahlen sollen. Die hygienischen Einrichtungen dieser Werke können nach den Schilderungen des „Matin“ mit denen modernster Hotels wettstreiten. Es gibt nicht nur elektrisches Licht und Telefon, sondern auch fließendes Wasser, elektrische Küchen und beheizbare Schlafräume.

Aus dieser Festungszone, die jeden Vorstoß erwidern soll und deren Kern starke Artilleriestellungen bilden, führen unterirdisch breite Wege zu Reservelagern und einer „Festung auf Rädern“, die aus einem großen Park von Spezialkraftfahrzeugen besteht, die auf Anruf sofort jeden gewünschten Einsatzteil an die Kampffront bringen kann.

Sollte man allein im Völkerbund von diesen Vorbereitungen nichts erfahren haben? Denn wer die französischen Rüstungen unbefangen würdigt und

Rundgebungen kam, wird am Donnerstag die Oberprüfstelle, und damit die letzte Instanz, beschäftigen. Den Vorsitz der Kammer führt Oberregierungsrat Dr. Seeger. Anträge auf Verbot des Films liegen von Thüringen, Braunschweig und Sachsen vor, außerdem hat die thüringische Regierung die eventuelle Durchführung des Bildstreifens in Thüringen vorläufig verboten.

Die Delegierten des Reichsverbandes deutscher Lichtspieltheaterbesitzer haben auf einer Tagung eine Entschließung gefaßt, in der sie es ablehnen, Filme zu zeigen, die ihre Theater zum Schauplatz politischer Kämpfe machen. Sie bedauern es außerordentlich, daß der Deutschamerikaner Karl Laemmle zwölf Jahre nach Friedensschluss noch einen Kriegsfilm hergestellt hat, der in Berlin nicht in der gleichen Fassung wie in London und Paris laufen kann.

Die Abgeordneten Geheimrat Eugenberg und Dr. Oberföhrer landten namens der deutschen nationalen Reichstagsfraktion ein Telegramm an den Reichspräsidenten, in dem es heißt:

„Trotz des Einspruchs des Reichswehrministeriums gegen den Gehfilm „Im Westen nichts Neues“, trotz der berechtigten Empörung der gesamten nationalen Bevölkerung werden die Aufführungen des Films unter stärkster Inanspruchnahme der Polizei fortgesetzt. Wir bitten den Herrn Reichspräsidenten, den Führer der in diesem Film beschimpften Heere des Weltkrieges, den Oberbefehlshaber der jetzigen Wehrmacht, durch persönliche Eingreifen diesem öffentlichen Skandal ein Ende zu machen.“

gleichzeitig in Rechnung stellt, daß die Gesamtstärke des deutschen Heeres auf 100 000 Mann dezimiert ist, ausgebildete Reserven in Deutschland nicht vorhanden sind und ebenso keine schweren Waffen, wie Panzer, Tanks und Kampfflugzeuge, der kann umwiegend angeht, den Ausgang der Abrüstungsverhandlungen nach der Art Lord Cecilis Selbstauflösung vorzuziehen. Die europäische Lage ist voller Gefahren, und der Vorbereitende Abrüstungsausschuss hat nichts getan, um unseren Erdteil dem Frieden entgegenzuführen. Denn ein Friede, der es wert ist, durch Betonklöße geschützt zu werden, existiert heute noch nicht.

## Neue Flottenbauten Amerikas.

Gesamtaufwand: 540 Millionen Mark.

Der Marinehaushaltssekretär der Vereinigten Staaten, Adams, unterbreitete dem Flottenausschuss des Repräsentantenhauses ein neues Flottenbauprogramm, das einen Gesamtaufwand von rund 540 Millionen Mark vorläßt.

Es sollen gebaut werden ein 7500-Tonnen-Kreuzer, ein 10 000-Tonnen-Kreuzer, vier 1100-Tonnen-Unterseeboote, ein Flugzeugmutterschiff zu 13 800 Tonnen, zehn 1500-Tonnen große Zerstörer und ein Zerstörerführerboot zu 1850 Tonnen.

Der Senat der Vereinigten Staaten verabschiedete einen Gesetzentwurf über die Modernisierung von drei Panzerkreuzern und bewilligte dafür 125 Millionen Mark.

## Abrüstungstagung beendet.

Auch der Generalbericht fertiggestellt. — Deutschland verweist das Abkommen.

Genf, 10. Dezember.

Der Vorbereitende Abrüstungsausschuss des Völkerbundes hat nunmehr auch die Beratung des Generalberichts beendet, der dem Völkerbundsrat zur Aufklärung über den künftigen Abschluß der fünfjährigen Vorbereitungen geben soll.

Der politisch wichtigste Artikel des ganzen Abrüstungsentwurfs, der die einseitigen Entwaffnungsbedingungen des Versailler Vertrages nochmals aufgreift, ist dabei endgültig dahin formuliert worden, daß die Abrüstungskonvention in keiner Weise die Verpflichtungen früherer Verträge berührt, durch die gewisse Staaten eine Begrenzung ihrer Land-, Luft- und Seestreitkräfte eingegangen seien. Und das müßte zur Folge haben, daß im Falle der Annahme dieser Bestimmung durch die Plenarkonferenz Frankreich und seine Verbündeten ihre Rüstungen noch vervollständigen dürften, während Deutschland abgerüstet bliebe.

Der Einspruch Deutschlands gegen diese unbillige Regelung ist im Generalbericht in einer Erklärung zum Artikel 52, dem früheren Artikel Ea, niedergelegt, die folgenden Wortlaut hat:

„Die deutsche Delegation erklärt, daß sie wegen des Artikels 52, soweit er nicht die Verträge von Washington und London berührt, gegen den Entwurf in seiner Gesamtheit stimmen muß. Der von der Mehrheit des Ausschusses aufgestellte Konventionentwurf schließt von einer Begrenzung und Herabsetzung der Landrüstungen wesentliche Elemente aus. Statt zu einer wirklichen Abrüstung zu führen, würde dieses Projekt nur dazu dienen, den wirklichen Stand der Rüstungen der Welt zu verschleiern, ja, es würde sogar eine Erhöhung der Rüstungen gestatten, wenn Deutschland diese Konvention unterzeichnete, so würde das eine Erneuerung seiner Unterschrift unter die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages bedeuten.“

## Landbund bei Hindenburg.

Unterbreitung von Vorschlägen zur Rettung der Landwirtschaft.

Reichspräsident von Hindenburg empfing eine Abordnung des Reichs-Landbundes, bestehend aus den Präsidenten Graf Kalkreuth, Lind und Bethge, sowie den Direktoren von Kriegsheim und von Ebel, zu einer Besprechung der Notlage der Landwirtschaft und zur Entgegennahme von Vorschlägen zur Verringerung derselben. An der Besprechung nahm auch der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Schiele, teil.

## Zwei Männer, wie sie unsere Zeit gebrauchen könnte.

Die Jahre 1930 und 1931 erinnern in besonderer Weise an Friedrich von Bodelschwingh (geboren am Sonntag, den 6. März 1831, heimgegangen am 2. April 1910) und an Adolf Stöcker (geboren am Sonntag, den 11. Dezember 1835, heimgegangen am Sonntag, den 7. Februar 1909). Ersterer wäre am kommenden 6. März 100 Jahre, letzterer heute 95 Jahre gewesen.

Beide wurzeln fest in dem einen Grunde, der unseren Anker ewig hält. „Weil uns Barmherzigkeit widerfahren ist, werden wir nicht müde, Gutes zu tun“ bekannte Vater von Bodelschwingh. „In dem allen überwinden wir weit durch unseren Herrn Jesum Christum“, schrieb Vater Stöcker unter seine Bilder.

Mit dem Wort, mit der Schrift und mit der Tat der barmherzigen Liebe haben beide bis zum letzten Atemzuge für ihren himmlischen Herrn und König gewirkt.

In die Arbeit der deutschen Reichshauptstadt wurde am 1. Oktober 1874 Adolf Stöcker gerufen. Sollte Berlin nicht eine Mannesarbeit wert sein, um es für den Herrn der Kirche zu gewinnen? So fragte sich Adolf Stöcker. — Friedrich von Bodelschwingh kam dann und wann nach Berlin. Einmal ließ er sich durch die Schlafkammer des Berliner Obdachlosen-Hospitals und dann nach Hoffnungstal führen. Nun grünt und blüht es seit 25 Jahren alljährlich in den Obstgärten an der Chaussee Müdnitz — Hoffnungstal — Lobetal und darüber hinaus. Mühsige Hände wurden rege, zerrissene Herzen wieder fest, gesunkene Hoffnungen lebten wieder auf. Berlin sei eine schöne Stadt, so sagte Friedrich von Bodelschwingh, dort gäbe es so viel Werke der Barmherzigkeit zu tun.

Den irdischen Herren ihrer Zeit waren beide treue Diener und aufrechte, unbeirrte Ratgeber, nach oben und nach unten frei und unbestechlich in ihrem Urteil.

Auf den Höhen der Menschheit wandelnd, blieben sie dem Mann aus dem Volke Freund und Bruder. Der Dienst an den Armen und Kranken und Elenden, an den Menschen ohne Heimat und ohne Hoffnung — in Bethel und in der Berliner Stadtmision — dieser ihr Dienst zeigte ihnen in besonderer Weise auch die Ursachen der mannigfachen Nöte. Und mutig sagten sie ihrer gottvergebenen, fahlen, hochmütigen und übermütigen Zeit voraus, was kommen werde, wenn sich die besitzenden und gebildeten Kreise nicht auf ihre Christenpflicht an Seele und Leib ihrer minderbemittelten Volksgenossen noch rechtzeitig besinnen würden. Sittliche Not, Alkoholnot, Wohnungsnot und deren Zusammenhänge als Ursache und Folge, haben sie immer wieder scharf und treffend beleuchtet.

Und ihre Werke folgen ihnen nach. Wie zu den Zeiten des Anstaltsvaters breiten sich die Anstalten von Bethel sowohl bei Bielefeld, als bei Berlin und vor Bremen äußerlich aus, vertiefen sie sich innerlich. Gleichwohl auch die Berliner Stadtmision vom alten Grunde aus auf alten und immer neuen Wegen der Barmherzigkeit einer 4,3 Millionen-Stadt zu wehren. Christlich-soziale Stimmen hört man neuerdings, wie einst im Reichstage, aber nicht nur dort, sondern auch in Landtagen und Rathhäusern. Schwach noch, aber es ist doch wieder die Stimme des Hospitizers.

Wer in die Zukunft schauend der suchenden Jugend Führer gestalten zeigen will, der schenke ihr die Lebensbeschreibung Friedr. v. Bodelschwinghs, die dessen Sohn geschrieben hat (3.— RM). Aus der Buchhandlung der Anstalt Bethel bei Bielefeld sind auch kürzere Betrachtungen über Friedr. v. Bodelschwingh, über seine und seiner Nachfolger Arbeiten, sind ebenso die Beschreibungen über Adolf Stöckers Leben von Max und Martin Braun (4.— RM) und von Paul Le Seur (1.— RM), von Dietr. von Oerken, von Walter Frank zu haben.

Gedenket an eure Lehrer — und Wegbereiter — und folget ihrem Glauben nach.

Wln.-Schöneberg,

A. M.

## Parlamentseröffnung in Polen.

Polizei entfernt die kommunistischen Abgeordneten. — Neun Offiziere Kabinettsmitglieder.

Warschau, 10. Dezember.

Der neugewählte polnische Landtag hielt in Warschau seine erste Sitzung ab und nahm die Eröffnungsvorsicht entgegen, die der neue Ministerpräsident Stanislaw, der Vizepräsident des Woiwodschafts Marschalls Wlasycki, verlas. Während der Verhandlung der Abgeordneten protestierten die Kommunisten, worauf die Polizei in Erscheinung trat und die kommunistischen Abgeordneten auf die Straße setzte. Die weitere Sitzung verlief ruhig.

Mit der Eröffnung dieses Parlaments begann in Polen ein neues Kapitel. Es ist das erste Mal, daß der Marschall eine parlamentarische Mehrheit besitzt und damit seine Politik auch im Landtag durchsetzen kann. Allerdings ist diese Mehrheit nicht mit reinen Waffens und reinem Schilde erlangt worden; vielmehr ist der Boden, aus dem dieses Parlament erwachsen ist, mit Grausamkeiten und Gewalttaten gegen die nationalen Minderheiten und die Oppositionsparteien überreichlich gedüngt.

Doch das wird vorerst die polnische Regierung nicht abhalten, die Früchte dieser „Wahlen“ zu pflücken und über den Umweg einer Verfassungsreform dem Marschall die Macht zu sichern. In Deutschland wird man darauf achten müssen, daß diese Verfassungs-„Reform“ nicht auch als einschneidendes Mittel benutzt wird, um — z. B. durch die Aufteilung der deutschen Wahlkreise und ihre Zusammenlegung mit rein polnischen Gebieten, mit denen diese Bezirke noch niemals verbunden waren —, das deutsche Volkstum in Polen politisch noch mehr zu entzweiten.

Von dem vorigen Kabinett unterscheidet sich das neue, das sich in der Eröffnungssitzung dem Landtag

vorstellte, dadurch, daß der Marshall auf das Amt des Ministerpräsidenten verzichtet und sich mit dem Restpost des Kriegsministeriums begnügt hat. Daß trotz dem aber auch in diesem Ministerium Pilsudski der Mann ist, der das Steuer führt, unterliegt nach alten Erfahrungen keinem Zweifel. Uebrigens tritt der militärische Einschlag des Kabinetts Slowet auch schon dadurch in Erscheinung, daß von seinen Mitgliedern nicht weniger als neun aktive Offiziere sind.

### Bombenfunde in Pirmasens.

Bei einer kommunistischen Organisation.  
24 Verhaftungen.

In der pfälzischen Stadt Pirmasens entdeckte die Polizei bei Erhebungen in einem gegen den kommunistischen Antifaschisten-Bund schwebenden Verfahren ein Lager von sprengfertigen Bomben. Etwa ein Dutzend dieser Bomben war aus alten Handgranaten hergestellt, dazu wurde noch verschiedenes Material für die Herstellung von weiteren Sprengkörpern, wie Sprengkoff, Zündhütchen, Zündschnüre usw. gefunden. Von maßgebender Seite wird dazu erklärt, daß die Bomben nach eigenen Angaben der Hersteller in einem künftigen Bürgerkrieg, insbesondere gegen den Faschismus, Verwendung finden sollten. Bisher sind 24 Personen ins Gefängnis eingeliefert worden.

### Die Kürzung der Ruhegehälter.

Erste Lesung des Gesetzentwurfs im Reichstag. — Verhandlungen Brünings mit den Christlich-Sozialen.

— Berlin, den 9. Dezember 1930.

Auf der Tagesordnung der Dienstag-Sitzung des Reichstags stand die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Kürzung der Ruhegehälter. Der Plenarsitzung waren Sitzungen der Fraktionen und ausgedehnte Besprechungen des Reichstanzlers Dr. Brüning mit Vertretern des Christlich-Sozialen Volksdienstes und der konservativen Gruppe vorausgegangen. Im Mittelpunkt dieser Besprechungen stand die Frage des Zeitpunkts der außerpolitischen Reichstagsdebatte.

#### Die Abkürzungen.

Abgelehnt wurden die kommunistischen Anträge auf Erreichung der Deckungsmassnahmen aus der Juli-Notverordnung und die Festlegung der Höchstgehaltsgrenze für Beamte von 7000 Reichsmark und Höchstpensionsgrenze von 6000 Reichsmark, ebenso die Forderung der Kommunisten auf eine Sondersteuer für Vermögen, Einkommen, Dividenden und Zinsen, die Verringerung der Arbeitslosenversicherung und die Aufhebung der Krankeneinkommen. Auch der Antrag der Kommunisten, Erwerbslose, Rentner, Pensions- und Unterstützungsempfänger als krankenversicherungspflichtig zu bezeichnen, wurde abgelehnt. Angenommen wurden einige Ausnahmefälle, die eine Verringerung der Krankenversicherung und des Versorgungswesens forderten. Die Anträge auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die Roggenzulassung wurden angenommen. Die übrigen Landwirtschaftsanträge gingen an den Volkswirtschaftsausschuss.

Nach längerer Debatte wurden die Anträge auf Durchführung einer außerpolitischen Aussprache abgelehnt. Das Haus vertagte sich auf Mittwoch 3 Uhr.

#### Drei neue Mißtrauensanträge.

Die deutsche nationale Fraktion hat drei Mißtrauensanträge gegen die Reichsminister Dr. Curtius, Dr. Wirth und Treubner eingebracht.

#### Neue Anträge.

Die Nationalsozialisten haben eine neue Interpellation zur Außenpolitik eingebracht, in der sie die Reichsregierung fragen, ob sie bereit sei, den Grafen Bernstorff unverzüglich aus Genf abzurufen. Ferner soll die Regierung die Einberufung der allgemeinen Abrüstungskonferenz für das Frühjahr 1931 verlangen, und bei weiterer Sabotage der Abrüstung den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbunde erklären.

Die Fraktion der Evangelisch-Sozialen und der Konservativen beantragen, die Reichsregierung möge bis zum April 1931 einen Gesetzentwurf über die Einrichtung eines freiwilligen Arbeitsdienstes vorlegen. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt, daß die in der Notverordnung bestimmte Gehaltskürzung gestaffelt erfolgt.

#### Reichstagsung der Mieter.

— Berlin, 10. Dez. Auf Einladung des Reichsbundes des Deutscher Mieter waren in Berlin zahlreiche Vertreter der Mieterschaft aus dem ganzen Reich versammelt. Die Versammelten protestierten gegen die Verkürzung der für den Wohnungsbau bestimmten Hauszinssteuermittel und gegen den geplanten Abbau des Mieterschutzes; sie forderten erneut die Schaffung eines sozialen Miet- und Wohnrechts. Diese Forderungen wurden sämtlichen Reichstagsfraktionen übermittelt.

### Der Todesnebel.

Noch immer unbefriedigende Panik. — Schon 90 Tote. Die Bevölkerung der von den todbringenden Nebeln bedrohten Teile des belgischen Maastales befindet sich noch immer in einer unbefriedigenden Panik. Die Leute trauen sich kaum noch aus ihren Häusern, die sie gegen das Eindringen des tödlichen Nebels abgesichert haben. Im Laufe des Tages sind Tausende von

#### Gasmasken

eingetroffen; doch war es bisher noch nicht möglich, festzustellen, ob Gasmasken genügend Schutz gegen die Giftgase gewähren. Auf Anordnung der Behörden sind in einzelnen Häusern und auf den Plätzen Sauerstoffflaschen aufgestellt und offene Feuer angezündet worden; doch wurden durch diese Maßnahmen keinerlei Erfolge erzielt.

Trotzdem drei Behörden, Staatsanwaltschaft, Militärärztliche und eine von der Regierung eingesetzte wissenschaftliche Kommission, eingehende Untersuchungen über die Ursache der Gifterkrankungen vornehmen, konnte bis jetzt noch in keinem Falle die genaue Todesursache festgestellt werden. Inzwischen hat sich die Zahl der Todesopfer weiter erhöht und ist auf 90 gestiegen.

### Gehalt im Krankheitsfalle.

Notverordnung beseitigt eine Unklarheit.

Nach Paragraph 63 Absatz 1 des Handelsgesetzbuches hat der Handlungsgehilfe bekanntlich Anspruch auf Weiterzahlung seines Gehalts bis zur Dauer von sechs Wochen, wenn er durch unverschuldetes Unglück (Krankheit) an der Leistung der Dienste verhindert ist. Seither bestand

#### Streit

darüber, ob diese Bestimmung zwingend ist. Auch die Rechtsprechung war nicht einheitlich. Das Reichsarbeitsgericht hat über die Streitfrage selbst noch nicht entschieden. Vermehrt worden war die Unsicherheit noch durch die erste Notverordnung vom 26. Juli 1930, in der bestimmt war, daß die Krankentasse für die Zeit, in der der Arbeitnehmer Gehalt oder Lohn weiterbezahlt, sein Kranken- und Hausgeld zu zahlen hat.

Die bestehende Unsicherheit wurde durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 beseitigt. In der neuen Verordnung ist festgelegt worden, daß der Anspruch auf Weiterzahlung des Gehalts gemäß Paragraph 63 Absatz 1 des Handelsgesetzbuches durch Vertrag weder ausgeschlossen noch beschränkt werden kann.

Die gleiche Vorschrift wurde auch für die ähnlichen Bestimmungen der Gewerbeordnung und des Bürgerlichen Gesetzbuches getroffen. Damit ist neben den kaufmännischen Angestellten auch den technischen Angestellten und Werkmeistern und allen übrigen Angestellten die Fortzahlung des Gehalts im Krankheitsfalle gesichert.

— Der zweite Bürgermeister von Pforzheim, Dr. Gearius, wurde mit 27 von 41 Stimmen zum Oberbürgermeister von Ludwigschafen gewählt.

## Bald kommt der Weihnachtsmann!



Da darf ein schöner Kuchen und knusperiges Weihnachtsgebäck nicht fehlen. Am besten gelingt alles mit

**Dr. Oetker's Backpulver**  
nach Dr. Oetker-Rezepten  
Nicht vergessen: Dr. Oetker's Vanillinzucker!

\*Eine neue Sammlung Dr. Oetker-Rezepte, "Backen macht Freude" 96 Seiten Text und 12 farb. Bildtafeln. Preis 20 Pfennig. Falls bei Ihrem Händler nicht zu haben, gegen Einsendung in Marken von Dr. August Oetker, Bielefeld.

Wichtig:  
**Dr. Oetker's Puddingpulver ist billiger!**  
Es kostet halt bisher 10 Pfg. jetzt nur noch 8 Pfg

### Total- und Provinzialnachrichten.

— Bielefeld. Falschgeld. Diese Tage sind wieder verschiedentlich Geldstücke, 1-Mark- und 5-Mark-Stücke angehalten und von der Reichsbank als Falschstücke festgestellt worden.

#### Bekanntmachung.

Zu der durch den Gemeindevorstand in Gadderbaum bewirkten Ernennung des Ehrenbürgermeisters Dr. Hermann Suttel zum Standesbeamten und des Amtsobersekretärs Hubert Gehlen zum 2. stellvertretenden Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Gadderbaum im Landkreis Bielefeld ist in Gemäßheit des § 4 des Reichsgesetzes vom 6. 2. 1875 über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung (RGBl. S. 23) durch die Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten in Minden vom 16. 8. 1930 Nr. 1 A 440 / 10. 11. 1930 Nr. 1 A 680 die Genehmigung erteilt.

Gadderbaum, den 6. Dezember 1930. Der Gemeindevorstand: Der 1. Beigeordnete: gez. Graf Baudissin. Der Gemeindevorsteher: gez. Eymann.

#### Hinweis.

(1) Neue Rezepte sind allen Hausfrauen willkommen, besonders dann, wenn sich solche auch schwächeren Haushalten anpassen lassen. Diesem Umstand hat die bekannte Firma Dr. August Oetker, Bielefeld, Rechnung getragen durch Herausgabe einer neuen Sammlung wohlerprobter Backrezepte, von denen eine große Zahl bisher noch nicht veröffentlicht wurde. Das fast 100 Seiten starke Buch ist mit 12 farbigen Bildern ausgestattet und enthält außerdem viele nützliche Winke und Ratschläge für die Hausbäckerei. Die Sondergruppe „Weihnachtsgebäck“ dürfte jetzt größte Interesse finden. Beachten Sie bitte die heutige Anzeige.

#### Weihnachtsbitten

für die Anstalt Wittekindshof bei Bad Drenthausen.

In heutiger Zeit mit soviel innerer und äußerer Not, wo die Sorge drängend an soviel Türen klopft, wagen wir kaum zu bitten.

Aber dennoch möchten wir nicht unterlassen, für die unserer Kinder zu bitten, die keine Liebe ihrer Angehörigen erfahren und die auch niemanden haben außer uns, der ihnen Liebe zum Weihnachtsfeste erzeigt.

Sie sollen nicht hinter den anderen zurückstehen und für sie möchten wir in aller Bescheidenheit bitten: Gebt uns etwas in die Hände, damit wir es an jene weitergeben und damit auch ihre Herzen fallen.

Das Licht von Bethlehem erleuchte die Herzen der frommen Kinder.

Brünger, Pastor, Anstaltsvorsteher.

Anschrift für Pakete: Wittekindshof bei Bad Drenthausen für Geldsendungen: Postfach - Konto Nr. 4652, Amt Hannover.

#### Weihnachtsbitten der Heilerziehungs- und Pflegeanstalt Scheuern bei Nassau a. d. Lahn.

Weihnachten naht! Die Zeit der frohen Erwartungen, der geheimnisvollen Vorbereitungen ist gekommen. Unsere 630 großen und kleinen Kinder, unsere Geisteskranken, Epileptischen und sonstwie Gebrechlichen, freuen sich auf das Fest. Trotz der Einschränkungen, die die allgemeine Not erfordert, erwarten sie zuversichtlich, daß ihnen das Christkind den Gabentisch wieder decken wird. Wir wollen sie nicht zu sehr enttäuschen und bitten herzlich um eine Beihilfe zu der Befriedigung. Auch für die kleinste Gabe sind wir dankbar.

Der Anstaltsvorstand: Der Direktor und Hausvater: Martin, Dekan, Todi, Vorsteher.

Das Postfachkonto der Anstalt ist 4000 bei dem Postfachamt Frankfurt a. M., das Bankkonto 259 bei der Nass. Landesbank in Nassau a. d. Lahn.

#### Bethel.

— Donnerstag abend 8 1/2 Uhr in Gosen  
Blaukreuzstunde.

Jeder ist herzlich eingeladen.

— Brosche gefunden. Abzuholen in der Anstaltspost.

### Anzeigen aus Bethel.

— Die Bäckerei bittet um baldigste Bestellung von Weihnachtsplätzchen.

## Reise! Fay's Sodener

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Bethelpolitik: Dr. S. Suttel, Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schlieffach 28. Für Geldsendungen Postfachkonto: Hannover 67377. „Aufwärts“, Christliches Tagesblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919. Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

## Liebhaver-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

### Raumnotmöbel

Sofa

Sessel

Ruhebetten

Wäschetruben

Diwanddecken

In bekannter Göße.

Polsterwerkstätten Ordelheide

Bielefeld, Kreuzstraße 43.

## Ihre Weihnachts-Geschenke

in Porzellan - Kristall - Keramik  
kaufen Sie gut und preiswert bei

**F. CONSBRUCH**

Obernstraße 9 Bielefeld Obernstraße 9

### Zu sofort gesucht christl. und häusl. erzogenes jung. Mädchen

20-28 J. alt, als Gehilfin in H. Rinderheim, Hamburg-Lohstedterweg 46. Gehalt 30 Mk.

### Hochgebirgs-Sonnenkuren

Winter und Frühling im Ev. Erholungsheim Hasliberghaus Goldern (Berner Oberland) 1060 m. Sorgfältige Pflege. Trauliches Familienleben. Tagespreis von 8 Fr. an. Ausbildung von Hausknechten. Illustr. Prospekt v. Hausvater.

### Deutschen Bienenhonig

Posteimer (10 Pfund) 12.50 Mk. Posteimer (5 Pfund) 7.— Mk. auf Wunsch ohne Nachn. gibt ab Heinrich Stafius Bienenzüchter, Soest (Westf.)

### Bienen-Honig

10 Wb. Dose 10.50 RM, vorwiegend Ake-Bienenhonig 12.00 RM, halbe Dose 6.10 RM und 7.10 RM, 1/2 Wb. Dose 2.00 RM und 2.20 RM frei haus. Nachn. 30 Pfg. mehr. Gar. Rücknahme. W. Krieger, Borgeln 2, Kr. Soest. Dieser Sonntag ist auch in Dphir. vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel, zu haben.

### Kur-Anstalt Erholungsheim

vegetarisch und Ebert Benneckenstein-Hochhaus unweit Braunlage Pastor Felkeuren. Prosp. freit

Stellengefuche u. Angebote haben im „Aufwärts“ großen Erfolg